

Zeitschrift: Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Herausgeber: Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Band: 39 (1923)

Heft: 47

Artikel: Neue Formen der Gemeindebetriebe

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-581516>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Motoren

für Betrieb mit
Benzin, Petrol,
Rohöl etc. ::

stationär und fahrbar.

□ **Erstklassiges Deutzer Fabrikat.** □

Prompte Lieferung durch die Generalvertretung

Würgler, Mann & Co.

Albisrieden-Zürich.

2129/15a

des Kassiers W. Hodler genehmigt. Ein Bericht des Verbandssekretärs über das abgelaufene Vereinsjahr, in dem die Gesellschaft in gutem Einvernehmen mit den bernischen Baubehörden an der Lösung der öffentlichen Bauaufgaben nach Möglichkeit mitwirkte, fand die Zustimmung der Versammlung. An Stelle des zurücktretenden Obmanns H. Klausner wählte die Versammlung zum Vereinspräsidenten G. Schneider (in Firma Schneider & Hindermann), zum Kassier M. Steffen (in Firma Steffen & Studer). Die übrigen nach statutarischen Vorschriften ausscheidenden Vorstandsmitglieder, die Architekten H. Walliser und M. Beerleder, wurden durch die Herren M. Lutstorf, Steffen und F. Studer ersetzt. Im Anschluß an diese geschäftlichen Verhandlungen hielt Herr Bauinspektor Christen ein sehr beifällig aufgenommenes, eingehendes und klares Referat über den Entwurf für die neue städtische Bauordnung, deren Urheber der Referent ist. Für die Erstbehandlung des Entwurfes wird demnächst eine 16gliedrige Kommission bestellt werden, in der gerade auch die frei praktizierenden Architekten angemessen vertreten sein dürften. Die Gesellschaft hat nun im Laufe der letzten zwei Jahre alle wichtigeren öffentlichen Baufragen nacheinander beraten mit den Herren Baudirektor Blaser, Stadtbaumeister Hiller und Bauinspektor Christen. Es mag darin der beste Beweis liegen für das Bestreben der Architektenchaft, bei der Lösung der öffentlichen Bauaufgaben der Bundesstadt aktiv mitzuwirken.

Ausstellungswesen.

Das Kunstgewerbemuseum in Zürich beherbergt gegenwärtig eine Ausstellung von Plakate ntwürfen aus dem eidg. Plakatwettbewerb für den Fremdenverkehr. Es sind darin die sämtlichen preisgekrönten oder mit einer Auszeichnung bedachten Entwürfe und überdies eine Anzahl der besten unter den nicht prämierten Arbeiten zu sehen.

Mit dieser Schau ist die Ausstellung „Drechserei“ verbunden, die, vom Gewerbemuseum Basel ins Werk gesetzt, als schweizerische Wanderausstellung in verschiedenen Städten unseres Landes die Ergebnisse des im letzten Jahre veranstalteten Drechserei-Wettbewerbes bekannt macht. Sie setzt sich zusammen aus einer neuen Abteilung, d. h. der Gruppe der Wettbewerbsarbeiten, ergänzt durch andere, ebenfalls neu gedrechselte Gegenstände, und einer historischen Abteilung, die alte und außereuropäische Stücke umfaßt. An den Nachmittagen (Sonntags am Vormittag) ist in der Ausstellung eine Drehbank im Betrieb, wodurch die Besucher Gelegenheit erhalten, das Drehverfahren genauer kennen zu lernen. Den beiden Ausstellungsgruppen schließt sich eine Wohnzimmereinrichtung an, die von einem Wintertürer

Architekten entworfen wurde. Die Veranstaltung dauert bis 9. März und steht zu den gewohnten Zeiten (10—12 und 2—6 Uhr, Sonntags bis 5 Uhr) dem Besuche offen.

Schweizerische Kunstgewerbliche Ausstellung in Schweden 1924. (Mitget. von der Schweiz. Zentralfstelle für das Ausstellungswesen Zürich.) Wie aus früheren Bekanntmachungen ersichtlich war, ist diese Ausstellung veranlaßt worden als Gegenleistung der im Jahre 1922 in der Schweiz abgehaltenen schwedischen Ausstellung gleicher Art. Es soll den kunstgewerblichen Kreisen eine willkommene Gelegenheit gegeben werden, sich nutzbringend zu betätigen. Dabei handelt es sich nicht um eine großangelegte Ausstellung, sondern um eine in engen Grenzen gehaltene Darstellung unserer charakteristischen Kunstgewerbe. Die Kosten werden zum größten Teil durch Subventionen und Beiträge der Verbände getragen. Durch die Lokalfrage in Stockholm bedingt, muß die Abhaltung einen Monat früher erfolgen und daher auch der äußerste Anmeldetermin auf 15. April ange setzt werden. Anmeldeformulare können bei der Schweizerischen Zentralfstelle für das Ausstellungswesen in Zürich, dem Gewerbemuseum Aarau, Bern, Freiburg, dem Kunstgewerbemuseum Zürich und dem Sekretariat des „Deubre“ in Lausanne bezogen werden.

Neue Formen der Gemeindebetriebe.

Bei der Behandlung von Sparmaßnahmen, die ja auch bei uns in der Schweiz an der Tagesordnung stehen, hat man auch an einzelnen Orten (z. B. St. Gallen) versucht, die technischen Betriebe wieder mehr kaufmännisch zu führen. In den Kommissionen und Stadtparlamenten machen sich selbst bei Behandlung von rein kaufmännischen und wirtschaftlichen Fragen die politischen Einflüsse allzusehr bemerkbar. Man hat weniger das Wohl der Allgemeinheit, als vielmehr die Vorteile gewisser Kreise oder Erwerbsgruppen im Auge. Dabei scheut man sich dann aber nicht, den Gemeindebetrieben vorzuwerfen, sie würden bürokratisch und vor allem unkaufmännisch betrieben. Für die Wirtschaftlichkeit aller Gemeindebetriebe wird es vorteilhaft sein, wenn sie wieder mehr ihrem eigentlichen, kaufmännischen Zweck zurückgeführt werden. Gleiche Bestrebungen sind auch in Deutschland zu finden.

An der kommunalen Regie wird heute in Deutschland viel Kritik geübt und manche Pessimisten beileben sich sogar, den Stadtverwaltungen die schleunigste Rückkehr zu den guten alten Zeiten der Konzeptionswirtschaft zu empfehlen. — Nun aber hat die ostpreussische Stadt Königsberg einen neuen Weg eingeschlagen, der es ermöglichen soll, kommunale gewerbliche Betriebe von den sie hemmenden bürokratischen Fesseln zu befreien und auf eine sichere wirtschaftliche Basis zu stellen, ohne dabei das Eigentums- und Verfügungsrecht der Gemeinde an einen Privatunternehmer zu veräußern und die sozialen Maximen der Kommunalpolitik preiszugeben.

Über die von Königsberg durchgeführte Reform entnehmen wir den kommunalen Zeitschriften folgendes: (Zeitschrift für Kommunalwirtschaft, 1922, Nr. 3; Wasser und Gas, 1923, Nr. 19): Ihr Elektrizitätswerk und ihre Straßenbahn, die beide bis 1920 an die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft konzeffioniert waren, sowie ihre Gas- und Wasserwerke und die Kanalisation hat Königsberg zu einer einzigen Unternehmung privatwirtschaftlichen Charakters verschmolzen: Städtische Werke G. m. b. H. Diese juristische Form wurde deshalb gewählt, weil sie eine größere Bewegungsfreiheit gewährt und mit geringeren Kosten (Gericht, Notar, Stempelgebühr

2c.) verbunden ist. Das Wesen der stattgefundenen Umwandlung besteht im Folgenden: Die Stadt bleibt Eigentümerin der Werke und übernimmt sämtliche Anteile der Unternehmung. Den Betrieb führt die Gesellschaft. Der Aufsichtsrat, aus 24 Mitgliedern bestehend, trägt die volle Verantwortung für den Betrieb. Er hat die Geschäfte so zu führen, daß die Werke sich selbst erhalten; alle bisher gemachten Aufwendungen müssen verzinst und getilgt, die erforderlichen Fondseinlagen, vorgenommen und die bestimmten Abgaben an die Stadt geleistet werden. Die ganze Verwaltung ist nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen; die kameralistische Buchführung wird durch kaufmännische ersetzt. Um einer einseitig orientierten Leitung der Geschäfte vorzubeugen, wird im Aufsichtsrat möglichst weiten Bevölkerungskreisen die Vertretung gesichert; seine Mitglieder rekrutieren sich wie folgt: 6 Magistratsmitglieder unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters; 10 Stadtverordnete nach der Stärke der Parteifractionen; 8 von der Stadtverordnetenversammlung bestimmte Bürger der Stadt, von denen 4 Beamte, Angestellte und Arbeiter sein müssen.

Die leitenden Personen sind auf Privatdienstvertrag mit Lantienberechtigungen, angestellt und genießen in ihren Beschlüssen die gleiche Freiheit und Selbständigkeit wie Direktoren von Privatunternehmungen. An der Spitze der Werke steht ein kaufmännischer Direktor, dem fünf technische Direktoren (für jeden Betrieb ein besonderer) beigegeben sind. Sämtliche Abteilungen haben getrennte Buchführung, damit der Erfolg genau kontrolliert werden könne. Die Vorzüge der Fusion der Betriebe sind offensichtlich: eine erhebliche Zahl von Beamten, Angestellten und Arbeitern konnte entbehrt werden; das gemeinsame Ablefen der Zähler, die Vereinheitlichung des Rechnungsverfahrens und andere Maßnahmen haben wesentliche Ersparnisse mit sich gebracht. Dazu kommt der einheitliche Ankauf der Betriebsmaterialien, die planmäßige Mitarbeit und rationelle Tarifpolitik der Betriebe (Gas und Elektrizität). Der Hauptvorteil der privatwirtschaftlichen Organisation besteht in der geschäftlichen Beweglichkeit, die gerade in der Zeit der starken Geldwertschwankungen von großer Bedeutung ist. Kaufabschlüsse für große Summen können durch ein paar Telefongespräche abgeschlossen werden, während bei der schwerfälligen alten Organisation lange Sitzungen und dauernde Verhandlungen dazu notwendig gewesen wären. Ebenso können die durch Kursänderungen notwendig gewordenen Tarifierhöhungen rechtzeitig durchgeführt werden.

Die durch die geschilderte Reorganisation erzielten Resultate charakterisiert die „Frankfurter Zeitung“ wie

folgt: „Schließlich nicht eine Entkommunalisierung und auch eigentlich nicht eine Entpolitisierung, aber eine Entdemagogisierung ist eingetroffen, weil, solange die Bürgererschaft zufrieden ist, die Debatten aus dem Stadtverordnetenrat in das Aufsichtsratszimmer verlegt sind, wo die Tribüne fehlt.“ — Jedoch kann das sogenannte Königsberg-System noch nicht als die beste Lösung des Reorganisationsproblems der Gemeindegewirtschaft betrachtet werden. Gegner dieser Systeme weisen darauf hin, daß die Ausschaltung des unmittelbaren Mitbestimmungsrechtes der Stadtverordneten zur Folge hat, daß „soziale Ermägungen vernachlässigt werden“. In der Zeitschrift „Wasser und Gas“ fällt ein Fachmann folgendes Urteil: „Obgleich die kommunalen Formalgemeinschaften als verhältnismäßig glücklicher Ausweg aus dem Labyrinth rückständiger öffentlich-rechtlicher Bestimmungen angesehen werden können, so können doch alle ihre Ziele weit einfacher und vollständiger auf dem Wege der Vervollständigung kommunaler Regiebetriebe erreicht werden. Über die letztgenannte Unternehmungsform werden wir eine besondere Mitteilung machen.“

Holz-Marktberichte.

Holzmarkterlöse aus dem Kanton Schwyz. (Korr.)

Von den Holzverkäufen in den vergangenen Wochen notieren wir folgende Erlöse: Die Gemeindegewerkschaft Bordenthal veräußerte an einer Steigerung unter den Berechtigten in verschiedenen Waldungen stehend rund 500 m³ Nadelholz mit 1,17 bis 1,99 m³ mittlerer Stammstärke für Fr. 21.70 bis Fr. 28.90 pro m³. 2 Partien stehendes Buchenholz ca. 90 m³ mit 1,20 m³ Mittelstamm wurden für Fr. 18 und Fr. 22 abgegeben. Die Bestehungskosten franco Station berechnet, beziffern sich auf Fr. 18 bis Fr. 24 pro m³. An einer Steigerung der Oberallmeindgewerkschaft in Unteriberg wurden ca. 130 m³ stehendes Nadelholz (Trämel, Bau- und Brennholzsortimente) mit 0,72 m³ Mittelstamm mit einem Durchschnittserlös von Fr. 31.25 losgeschlagen. Aufarbeitungs- und Transportkosten Fr. 14 bis Fr. 15 pro Kubikmeter. Bei der in Rothenturm stattgefundenen Gant erzielte die gleiche Korporation für eine Partie aufgearbeitetes Trämelholz (5/8 Fichten, 3/8 Weisstannen) mit einer mittleren Stärke von 0,51 m³ Fr. 46.50 und für eine weitere (nur Fichten) mit 0,38 m³ Mittelstamm Fr. 43.80 pro m³. Außerordentlich günstige Erlöse hatte die Gemeindegewerkschaft Tachen für ca. 220 m³ Fichtenträmelholz, gelagert an der Straße in Bordenthal. Die betreffenden vier Partien mit 0,46 bis 0,58 m³ mittlerer

Anerkannt einfach, aber praktisch,

zur rationellen Fabrikation unentbehrlich, sind

**Graber's patentierte Spezialmaschinen
und Modelle zur Fabrikation tadelloser Zementwaren**

Kenner kaufen ausschliesslich diese la. Schweizerfabrikate.

Moderne Einrichtung für Blechbearbeitung.

Joh. Graber, Maschinenfabrik, Winterthur-Veltheim